

Europäische Sozialdemokratie in der Krise?

*Dr. Gero Maaß, Leiter der Internationalen Politikanalyse (IPA) der FES
Jan Niklas Engels, IPA-Projektleiter »Internationaler Monitor Soziale Demokratie«*

Viele erwarteten aufgrund des Versagens des Finanzkapitalismus und der dadurch entstandenen Vertrauenskrise eine Verschiebung der Koordinaten des politischen Systems in Europa nach links. Die Europawahlen als der erste größere Politiktest in Europa nach dem Ausbruch der Krise hatte indes gezeigt, dass sich die Koordinaten eher nach rechts verschoben haben. Die Bundestagswahl hat diesen Trend in dramatischer Weise bestätigt und zudem für die Verankerung eines Fünfparteiensystem in Deutschland gesorgt.

Aus europäischer Perspektive sind weder die Aufsplitterung des Parteiensystems noch anhaltende Stimmenverluste für sozialdemokratische Parteien ein Einzelphänomen. Im Gegenteil, in Ländern mit Verhältniswahlrecht sind Mehrparteienkoalitionen und Klein- und Kleinstparteien im Parlament eher die Regel als die Ausnahme. Vor knapp zehn Jahren stellten sozialdemokratisch geführte Regierungen noch eine klare Mehrheit unter den EU-Mitgliedsländern dar. Heute werden nur noch acht Regierungschefs der inzwischen 27 EU-Staaten von sozialdemokratischen Parteien gestellt und sind oft als Haupt- oder Juniorpartner in schwierige Koalitionen eingebunden (siehe Anlage 2).

Auch wenn nicht von einem flächendeckenden Vertrauensverlust für die sozialen Demokraten in Europa geredet werden kann, ist es doch augenfällig, dass gerade in den größeren und den nordischen sozialdemokratischen Traditionsländern diese Parteien an Anziehungskraft verloren haben. Die Gründe dafür liegen in den Veränderungen der gesellschaftlichen Wirklichkeit der europäischen Bevölkerung in den letzten Jahren: Breite Bevölkerungsgruppen fühlen sich in ihren sozio-ökonomischen, kulturellen und politischen Lebenswelten bedroht und die sozialdemokratischen Parteien werden vielerorts nicht mehr als Garanten für eine sozial gerechte Absicherung gesehen.

Dreifache Verunsicherung

Die Ursprünge für das Gefühl dieser dreifachen Verunsicherung liegen in neuen grundsätzlichen Herausforderungen und grundlegenden Entwicklungstendenzen, die beispielsweise vom Beratergremium für europäische Politik der EU-Kommission (BEPA) in ihrem Konsultationspapier »Soziale Wirklichkeit in Europa«¹ als folgende benannt werden:

- die Globalisierung

¹ Das genannte Papier diente als Grundlage eines Konsultationsprozess der EU Kommission mit dem Ziel, Aufschluss über die soziale Wirklichkeit und über die Tendenzen in der europäischen Gesellschaft zu geben: http://ec.europa.eu/citizens_agenda/social_reality_stocktaking/docs/background_document_de.pdf

- der weltwirtschaftliche Aufstieg von China und Indien
- der demografische Wandel
- der anhaltende Übergang zur Wissens- und Dienstleistungsgesellschaft
- die sich abzeichnenden Kosten des Klimawandels
- die Individualisierung der Werte und
- die zunehmende ethnische und kulturelle Vielfalt der europäischen Gesellschaften.

Die soziale Verunsicherung: Weite Teile der Bevölkerung haben Angst vor einem sozialen Abstieg. Abnehmende Kaufkraft ist die größte Sorge der europäischen Bevölkerung, gefolgt von Arbeitslosigkeit.² In vielen EU-Ländern hat die Armut im letzten Jahrzehnt zugenommen³ und wird im Zuge der Finanz- und Wirtschaftskrise als immer drängenderes Phänomen wahrgenommen.⁴ Die innergesellschaftliche Kluft zwischen Globalisierungsgewinnern und -verlierern nimmt zu. Chancen und Risiken in den europäischen Gesellschaften werden immer weniger gleichgewichtig auf die Schultern aller verteilt: Einige gesellschaftlichen Gruppen maximieren ihr Chancenpotenzial und minimieren ihre Risikofaktoren, während andere einerseits durch alle Chancenroste fallen und andererseits zugleich immer mehr Risiken tragen müssen.

Sozialdemokratische Parteien werden nicht mehr als Garanten für eine sozial gerechte Absicherung gesehen. Im Gegenteil, sie galten manchmal als Mitverursacher der neuen unsicheren Zeiten, die politisch-ideologisch der Debatte um den Dritten Weg zugerechnet werden.⁵

Die kulturelle Verunsicherung: Neben wirtschaftlichen Sorgen gehören Kriminalität und Zuwanderung zu den Top Ten der in der europäischen Bevölkerung als wichtig empfundenen Probleme. In Italien rangiert dabei »Kriminalität« auf Platz eins, während sich die Bürger in Großbritannien an erster Stelle Sorgen über die Zuwanderung machen.⁶ Sozialdemokratische Parteien haben mit ihrem Menschenbild und multikulturellen Integrationsvorstellungen in der Vergangenheit die Akzeptanzfähigkeit ihrer Wählerklientel überschätzt.⁷ Die zunehmende ethnische Vielfalt sehen weite Bevölkerungsteile als Gefahr für die gesellschaftliche Homogenität. Überzeugende sozialdemokratische Lösungsansätze, die aufzeigen wie gesellschaftliche Integration und Identifikation im Migrationsraum Europa erreicht werden können, sind bisher nicht bis zur Wählerschaft vorgedrungen. Auch bei Fragen der Kriminalität und inneren Sicherheit fühlen sich viele Bürger bei konservativen Parteien mit Law-and-Order-Vorstellungen oftmals besser aufgehoben.

Die politische Verunsicherung: Hinzu kommt ein Vertrauensverlust gegenüber demokratischen Institutionen, der oft jedoch eher ein Verdruss über den

² Siehe hierzu Umfrageergebnisse in »Challenges of Europe« von GfK-Nürnberg e. V., 2008.

³ Siehe hierzu die vergleichende Studie von Brian Nolan: A Comparative Perspective on the Development of Poverty and Exclusion in European Societies. FES, *Internationale Politikanalyse*, November 2007.

⁴ Flash Eurobarometer Nr. 276 (Monitoring the social impact of the crisis: public perceptions in the EU, October 2009, hier vor allem die Übersicht zu „Perceived changes in the level of poverty in the past 12 month in the EU“, S. 11

⁵ Dafür stellvertretend etwa die kritische Aufarbeitung der deutsch und britischen Diskussionen und Entwicklungen in dem Plädoyer für eine „gute Gesellschaft“ von Andrea Nahles und Jon Cruddas: <http://www.social-europe.eu/wp-content/uploads/2009/12/goodsocietygerman.pdf>

⁶ Siehe hierzu Umfrageergebnisse in »Challenges of Europe« von GfK-Nürnberg e. V., 2008.

⁷ Franz Becker und Rene Cuperus beleuchten besonders diese Entwicklung in ihrer »Länderanalyse Niederlande: Die politische Mitte unter Druck«, FES, *Internationale Politikanalyse*, November 2007

herrschenden Politikstil ist.⁸ Rund ein Viertel aller Menschen in Deutschland fühlt sich ungerecht behandelt und sieht sich auf der Verliererseite des Lebens. Mehr als die Hälfte steht politischen Reformen eher skeptisch gegenüber. Etwa 40 Prozent meinen, unsere Demokratie funktioniere nicht so wie sie sollte und sind vor allem mit dem derzeitigen Politikstil nicht zufrieden. Das sind Zahlen einer Umfrage, die im Juli 2008 die Friedrich Ebert Stiftung veröffentlichte.⁹ Diese Umfrageergebnisse decken sich mit Ergebnissen eines Forschungsprojektes am Wissenschaftszentrum Berlin, das ein Demokratiebarometer für die OECD Länder erarbeitet.¹⁰

Natürlich haben nicht nur die sozialdemokratischen Parteien mit diesem Phänomen zu kämpfen. Im Vergleich zu den bürgerlichen und konservativen Parteien glauben die sozialdemokratischen Parteien (selbst in Zeiten der zunehmenden Bedeutung von medienvermittelter Kommunikation) immer noch mehr auf ihre direkte Mobilisierungsfähigkeit angewiesen zu sein, statt auf die medienvermittelte Wählerwerbung zu setzen. Rückläufiges Vertrauen gegenüber Demokratie, Politikstil und Parteiarbeit trifft sie deshalb besonders schwer.

Sieben Erklärungsmuster zur Schwäche der Sozialdemokratie

Die Debatte um die Gründe für den attestierten europaweiten Trend der Abnahme von Wählerstimmen für sozialdemokratische Parteien kreist vor allem um folgende Thesen:

1. **Dahrendorf-These:** Mit dem Ende des Industriezeitalters hat die Sozialdemokratie ihre Aufgabe erfüllt und ist somit überflüssig geworden. Die Wählerbasis der (unterdrückten) Industriearbeitnehmerschaft gibt es so nicht mehr. Das politische Versprechen des sozialen Aufstiegs ist entweder erfüllt oder wird als nicht mehr realistisch („unseren Kindern soll es besser gehen“) angesehen.
2. **Zangengriff-These:** 1) Die konservativen Parteien sind „sanft“ geworden und okkupieren die politische Mitte. 2) Gleichzeitig ziehen populistische Parteien die Stimmen der unzufriedenen Bevölkerungsschichten an sich. Sozialdemokratische Parteien werden in diesem Zangengriff „aufgerieben“.
3. **Diskurshoheitsthese:** Sozialdemokratische Parteien haben die Diskurshoheit über die wichtigsten gesellschaftlichen Themen verloren. Die gesellschaftlichen Vorstellungen entsprechen einem bürgerlich-liberalen Mainstream. Progressive linke Politikansätze haben dagegen in den meisten Fällen keine gesellschaftlichen Mehrheiten. Die Kompetenzzuschreibung für sozialdemokratische Parteien zeigt über die letzten Jahre einen klaren Abwärtstrend. Führerschaft bei Kompetenzzuschreibungen im Vergleich zu anderen Parteien ist kaum mehr vorhanden
4. **Unglaubwürdigkeits-/Leistungsbilanz-These:** Sozialdemokratische Parteien werden nicht mehr als die Garanten für soziale Gerechtigkeit angesehen. Diese Rollenzuschreibung wird ihnen inzwischen von anderen Parteien streitig

⁸ Eurobarometer Nr. 69, S. 300 ff. (Vertrauen in die EU und in nationale Institutionen).

⁹ http://www.fes.de/inhalt/Dokumente_2008/Zusammenfassung_Studie_GPI.pdf

¹⁰ Marc Bühlmann, Wolfgang Merkel, Berhard Wessels: The Quality of Democracy. Democracy Barometer for Established Democracies. National Center of Competence in Research, *Working Paper No. 10a*, 20.3.2008.

gemacht. Die von Sozialdemokraten durchgesetzten Reformen in den letzten Jahren werden als sozial ungerecht und damit nicht mehr mit den Vorstellungen der sozialen Demokratie deckungsgleich empfunden. Die Leistungsbilanz sozialdemokratischer Regierungen wird von den Wählern negativ eingeschätzt. Daher kommt es trotz einer weiterhin hohen Zustimmung zu sozialdemokratischen Idealen zu Stimmenverlusten bzw. Abwahl von sozialdemokratischen Parteien.

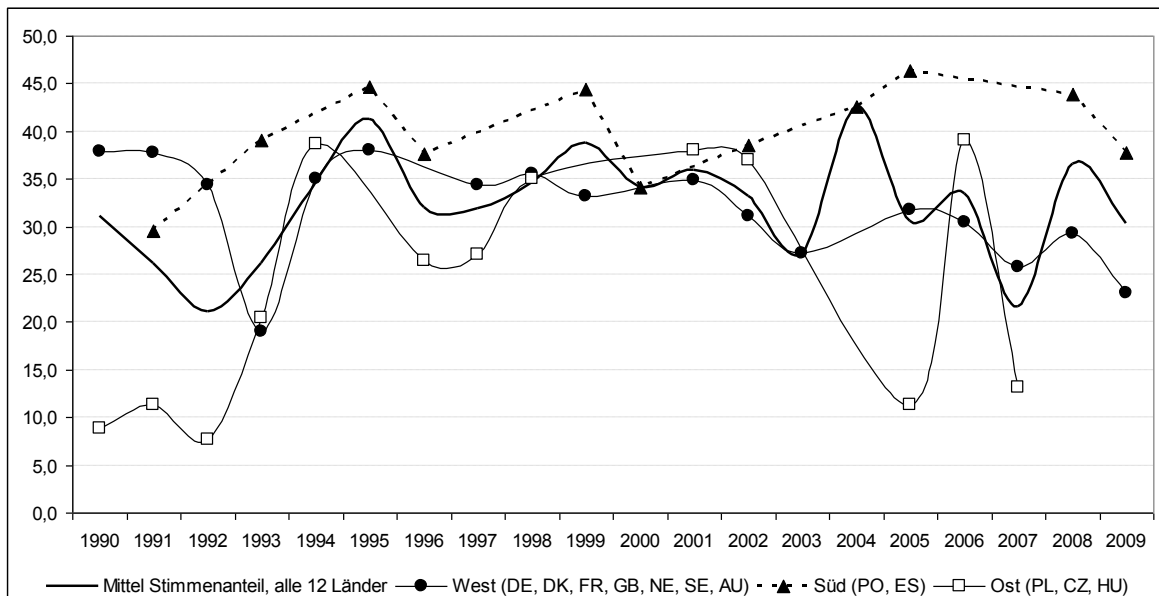
5. **Entfremdungsthese:** Die sozialdemokratischen Parteien haben sich von ihrer Ursprungsbasis der Arbeitnehmerschaft entfremdet. Exklusive Verbindungen zu Gewerkschaften bzw. sozialen Bewegungen bestehen nicht mehr bzw. sind in den letzten Jahren zerbrochen. Die inhaltlichen Angebote sozialdemokratische Parteien korrespondieren nicht mehr mit den Vorstellungen und Problemen der Arbeitnehmerschaft, die zunehmend keine individuellen Aufstiegschancen mehr sieht.
6. **Spaltung der Wählerbasis-These:** Die einstige Wählerbasis der Sozialdemokraten hat sich in Globalisierungsbefürworter und –gegner gespalten. Wähler, die in einer globalisierten Welt mit einer europäischen Wissensgesellschaft, zu den Verlieren gehören bzw. sich in ihrem sozialen Status durch die Globalisierung bedroht sehen, fühlen sich durch die Sozialdemokratie nicht ausreichend vertreten bzw. geschützt. Aber auch Globalisierungsbefürworter fühlen sich durch andere Parteien, die z.B. die Interessen von gutausgebildeten Eliten vertreten, besser repräsentiert. Die Stammwählerschaft sozialdemokratischer Parteien schrumpft zunehmend. Die fortschreitende Individualisierung in den europäischen Gesellschaften begünstigt dabei zusätzlich die Herausbildung bzw. Stärkung von spezialisierten Kleinparteien
7. **Wertewandelthese:** Die letzten Jahre haben einen Bedeutungsgewinn soziokultureller Fragestellung in der Problemhierarchie der Bevölkerung gesehen. Hierin artikulieren sich gesellschaftliche Wandlungsprozesse in der Folge der „hedonistischen Revolution“ der post-68-Ära ebenso wie die Folgen von Zuwanderung, die zu einer steigenden kulturellen, sozialen und religiösen Heterogenität der (west)europäischen Gesellschaften geführt hat. „Kosmopolitische“ und multikulturalistische Vorstellungen auf Seiten der linken Funktionseliten stoßen sich an dem „kommunitaristischen“ Verlangen von Teilen der sozialdemokratischen Stammwählerschaft. Diese empfinden die Veränderungen als Infragestellung ihrer Werteordnung und als Heimat- und Identitätsverlust. Die Abwanderung von ehemaligen Wählern der sozialdemokratischen Parteien gerade aus einfachen Arbeitnehmerschaften in die Enthaltung oder zu populistischen Bewegungen ist die Folge.

Wider den Abgesängen

Vor über einem Viertel Jahrhundert prophezeite Lord Ralf Dahrendorf das Ende des sozialdemokratischen Zeitalters. Zehn Jahre später befasste sich Wolfgang Merkel wiederum mit dem „Ende der Sozialdemokratie?“ Im Jahre 2008 diagnostizierte „Der Spiegel“ der Sozialdemokratie die Apokalypse. Nach dem Wahldebakel bei der Bundestagswahl 2009 hat das „Unken rufen“ nicht nachgelassen.

Indes: ein Blick auf die elektorale Performanz und die Regierungsbeteiligung sozialdemokratischer Parteien in 12 Ländern Europas über 20 Jahre von 1990 bis 2009 zeigt, dass im Zeitquerschnitt kein durchgängiger Niedergang der Sozialdemokratie und damit ein gemeinsamer Trend zu erkennen ist. Gewinne und Verluste halten sich die Waage. Was die Regierungsbeteiligung und –führung angeht, ist die Bilanz im letzten Jahrzehnt mindestens so gut wie im ersten Jahrzehnt ab 1990, wie die auf Tage umgerechneten Regierungszeiten zeigen (siehe Anlage 1).¹¹

Schaubild: Mittlerer Stimmenanteil sozialdemokratischer Parteien 1990-2009 insgesamt und nach Ländergruppen



Darstellung: Dr. Bernhard Weißels, IPA 2010 i.E.

Dies schließt natürlich schwere Wahlniederlagen in Einzelfällen nicht aus. Dies wiegt um so schwerer, wenn es sich wie mit Deutschland, Frankreich oder Italien um die größten EU-Länder oder mit Schweden, Dänemark und Finnland um traditionelle sozialdemokratische Hochburgen handelt. Die Wählerschaft der Sozialdemokratie in Europa entspricht eher einer breiten Volkspartei mit - teilweise indes nur schwachen - Profilen zugunsten von Arbeitnehmerern, weniger Privilegierten und gewerkschaftlich Organisierten. Es gibt jedoch eine wesentliche Ausnahme: jüngere Altersgruppen sind in ihrer Wählerschaft unterproportional vertreten. Hier könnte ihnen ein Defizit erwachsen, wenn es ihnen nicht gelingt „Wählernachwuchs“ an sich zu binden.

Die Stellschrauben für politischen Erfolg

Im Zuge der Krise des Finanzkapitalismus ist es bislang nicht zur Profilierung und Neuaufstellung der Sozialdemokratie in Europa gekommen. Ohne das

¹¹ Bernhard Wessels, Das Ende der Sozialdemokratie? Eine prominente These im Lichte einer datengestützten Betrachtung, Friedrich Ebert Stiftung, IPA, i.E.

marktwirtschaftliche Kind zusammen mit den desaströsen finanzwirtschaftlichen Erfahrungen der letzten Jahre auszukippen, gilt es indes weiterhin nach einer Phase des Krisenmanagements (mit einem Fokus auf Beschäftigungssicherung) im europäischen Kapitalismus

- die Reichweite und Grenzen der Marktwirtschaft im allgemeinen und die Rolle des Finanzsektors für die Realwirtschaft im besonderen neu zu durchdenken und zu regeln,
- die Chancen- und Risikoverteilung in den Gesellschaften gerechter zu gestalten,
- Verteilungsfragen in ihrer Wirkung neu bewerten und
- Demokratiefragen wieder mehr in den Mittelpunkt zu rücken: wenn der Staat immer weniger zusagen hat: was kann der Bürger dann noch demokratisch mitgestalten?

Viele sehen das Heil wieder im Nationalstaat. Eine Renaissance des europäischen Nationalstaates vermag indes nicht mehr für die Lösung handfester Probleme in einer Welt mit neuen internationalen Machtstrukturen zu sorgen. Wirkungskreise und die Regelungskompetenzen bedürfen der europäischen Ergänzung. Bei der Berücksichtigung eines europäischen Horizontes tun sich viele sozialdemokratische Parteien noch schwer. Wir brauchen deshalb mehr »europäischen Mut« für sozialdemokratische Antworten auf die Herausforderungen der Globalisierung im Allgemeinen und der aktuellen Finanz- und Wirtschaftskrise im Besonderen. Die Globalisierung ist in Zukunft nur durch eine aktive Europäische Union sozial gestaltbar. Die soziale Demokratie braucht mehr Europa, Europa braucht mehr soziale Demokratie.

Vor dem Hintergrund der oben skizzierten Entwicklungen und Verunsicherungen bedarf es eines Managements der Aufgabenvielfalt, damit die Bewegung der sozialen Demokratie zukünftig wieder zur führenden Kraft in Europa werden kann:

- eine klare sozialdemokratische »Erzählung«, in der sich die Werte und Identitäten der gesellschaftliche Basis wiederfinden und die Kernkompetenzen sozialer Gerechtigkeit und gesellschaftlichen Zusammenhalts in Zielen wie anvisierten Wegen spiegeln,
- eine glaubwürdige und überzeugungsstarke politische Führung auf der Basis eines lebendigen, demokratischen Parteilebens mit einer, neue Mitglieder anziehenden Organisationsstruktur, die auch in der Lage ist, aus vorherigen Regierungsperioden zu lernen und sich im Amt zu erneuern,
- die Nutzung des über die politische Kultur und das Wahlsystem vermittelten Handlungsspielraums gegenüber den politischen Konkurrenten,
- eine handwerklich gut ins Werk gesetzte, materiell gehaltvolle wie kommunikativ gut vermittelte Leistungsbilanz (bzw. in Oppositionszeiten der Nachweis, dass der Regierungspartei dieses nicht gelungen ist),
- das Vermögen, strategische Partner (hier vor allem die Gewerkschaften) für sich zu mobilisieren und
- die Notwendigkeit im Zeichen der Globalisierung die nationalen Überlegungen in eine europäische, internationale Strategiebildung einzubetten.

Dabei reicht es nicht, nur an einigen dieser »Stellschrauben « zu drehen, also in einigen Bereichen gut aufgestellt zu sein. Die schwedischen Sozialdemokraten etwa

verloren die letzte Wahl obwohl sie auf eine soziale wie ökonomische Erfolgsbilanz verweisen konnten und zudem ein breiter gesellschaftliche Konsens über die sozialstaatliche Verfasstheit des Landes verankert ist. Entscheidend für politische Erfolge ist die Gesamtaufstellung einer Partei. Erzählung, Führung, Handlungsspielraum, Leistungsbilanz, Partnerschaften und Europa- / Globalisierungsstrategie müssen ein stimmiges Gesamtbild ergeben. Dies ist momentan bei den wenigsten sozialdemokratischen Parteien in Europa der Fall.

Das Schaubild „Stellschrauben für politischen Erfolg“ (siehe Anlage 3) zeigt, wie die einzelnen sozialdemokratischen Parteien mit Blick auf die zuvor beschriebenen Faktoren unterschiedlich aufgestellt sind (– die sicherlich diskussionswürdig ist!). Dabei geht es weniger um eine Qualifizierung als Gewinner oder Verlierer. Vielmehr soll die Analyse Anstoß sein zu einem Dialog im Sinne des Lernens voneinander und der Identifikation von best practice.

Anlage 1 Stimmenanteile sozialdemokratischer Parteien nach Ländern, 1990-2009

Jahr	Mittel 12 Länder	DE	DK	FR	GB	NE	PL	PO	SE	ES	CZ	HU	AU	Mittel	West	Süd	Ost	Größte Konkurrenzpartei
1990	31,1	33,5	37,4									8,8	42,8	30,6	37,9		8,8	29,7
1991	26,2						11,3	29,6	37,7					26,2	37,7	29,6	11,3	28,2
1992	21,0				34,4						7,7			21,0	34,4		7,7	37,9
1993	26,2			19,0			20,4			39,1				26,2	19,0	39,1	20,4	23,6
1994	34,7	36,4	34,6			24,0			45,3			38,6	34,9	35,6	35,0		38,6	26,8
1995	41,3							44,6					38,1	41,3	38,1	44,6		31,5
1996	32,0									37,6	26,4			32,0		37,6	26,4	34,2
1997	31,9			25,5	43,2		27,1							31,9	34,3		27,1	27,1
1998	34,7	40,9	35,9			29,0			36,4		32,3	37,9		35,4	35,6		35,1	26,2
1999	38,8							44,4					33,2	38,8	33,2	44,4		29,8
2000	34,2									34,2				34,2		34,2		44,5
2001	35,9		29,1		40,7		38,0							35,9	34,9		38,0	25,2
2002	33,3	38,5		25,3		15,1		38,6	39,9		30,2	43,7	36,5	33,5	31,1	38,6	37,0	33,5
2003	27,3					27,3								27,3	27,3			28,6
2004	42,6									42,6				42,6		42,6		37,7
2005	30,6	34,2	25,8		35,2		11,3	46,4						30,6	31,8	46,4	11,3	30,6
2006	33,4					21,2			35,0		32,3	45,8	35,3	33,9	30,5		39,1	35,0
2007	21,6		25,5	26,1			13,2							21,6	25,8		13,2	36,0
2008	36,6									43,9			29,3	36,6	29,3	43,9		33,0
2009	30,4	23,0						37,7						30,4	23,0	37,7		31,9
Mittel	32,2	34,4	31,4	24,0	38,4	23,3	20,2	40,2	38,8	39,5	25,8	35,0	35,7	32,3	31,7	39,9	24,2	31,6
1990er	31,8	36,9	36,0	22,3	38,8	26,5	19,6	39,5	39,8	38,4	22,1	28,4	37,2	31,9	33,9	39,1	21,9	29,5
2000er	32,6	31,9	26,8	25,7	37,9	21,2	20,8	40,9	37,4	40,2	31,3	44,8	33,7	32,6	29,2	40,5	27,7	33,6

aus: Bernhard Weißels, IPA i.E.

Anlage 2 Übersichtstabelle: „Sozialdemokratische/sozialistische Parteien in Europa und ihre Regierungsbeteiligung“

Land	Name der Partei	Status im nationalen Parlament / Regierung		SPE-Status	7. Wahlperiode: Sitze im EP/ Gesamt ¹²	6. Wahlperiode: Sitze im EP/ Gesamt ¹³	Nächste Wahl
		2000	Jan. 2010				
Belgien	Flandern: Socialistische Partij Anders (SPA)	RP (JP)	O	V	5/22	7/24	2011
	Wallonie: Parti Socialiste (PS)	RP (JP)	RP (JP)	V			
Bulgarien	Bălgarska Socialističeska Partija (BSP)	O		V	4/17	5/18	2013
	Partija Balgarski Socialdemokrati (PBS/BSD)	O	O	F+A			
	Koalicija za Bălgarija (Koalition für Bulgarien) ¹⁴	–					
Dänemark	Socialdemokraterne	RP (HP)	O	V	4/13	5/14	2011
Deutschland	Sozialdemokratische Partei Deutschlands (SPD)	RP (HP)	O	V	23/99	23/99	2013
Estland	Sotsiaaldemokraatlik Erakond (SDE)	RP (JP)	O	V	3/6	3/6	2011
Finnland	Suomen sosialidemokraattinen puolue (SDP)	RP (HP)	O	V	2/13	3/14	2011
Frankreich	Parti socialiste (PS)	RP (HP)	O	V	14/72	31/78	2012
Griechenland	Panellinio Sosialistiko Kinima (PASOK)	RP (AR)	RP (AR)	V	8/22	8/24	2013
Irland	Irish Labour Party	O	O	V	3/12	1/13	2012
Italien	Partito Democratico (PD) ¹⁵	–	O	–	21/72	17/78	2013
	Partito Socialista ¹⁶ (PS)	–	nv	V			
	Sinistra Democratica	–	nv	A			
Lettland	Latvijas Sociāldemokrātiskā Strādnieku Partija (LSDSP)	O	nv	V	0/8	0/9	2010
	Sociāldemokrātu savienība (SDS)	–	nv	–			
Litauen	Lietuvos socialdemokratų partija (LSDP)	O	O	V	3/12	2/13	2012
Luxemburg	Lëtzebuenger Sozialistesche Arbechterpartei (LSAP)	O	RP (JP)	V	1/6	1/6	2014

¹² Zu Beginn der siebten Wahlperiode umfasst das Europäische Parlament 736 Sitze. Es gibt sieben Fraktionen sowie fraktionslose Mitglieder. Die Fraktion S&D zählt 184 Mitglieder und ist damit zweitgrößte Fraktion nach der Fraktion EVP (265 Sitze).

¹³ Zum Ende der sechsten Wahlperiode umfasste das EP 785 Sitze und 7 Fraktionen, zudem gibt es fraktionslose Mitglieder. Die SPE hält insgesamt 217 Sitze im EP und ist damit die zweitgrößte Fraktion hinter der EVP-ED.

¹⁴ Die „Koalition für Bulgarien“ ist ein Zusammenschluss verschiedener sozialdemokratischer und kommunistischer Parteien, die von der BSP angeführt wird. Auch die PBS gehört dem Bündnis an.

¹⁵ Die Democratici di Sinistra und das Bündnis L'Ulivo sind am 14.10.2007 in der Partito Democratico (PD) aufgegangen, der aber auch Christdemokraten angehören.

¹⁶ Seit Oktober 2007 Sammlungspartei verschiedenster sozialdemokratischer/sozialistischer Parteien

Malta	Partit Laburista (MLP)	O	O	V	3/5	3/5	2013
Niederlande	Partij van de Arbeid (PvdA)	RP (HP)	RP (JP)	V	3/25	7/27	2010
Österreich	Sozialdemokratische Partei Österreichs (SPÖ)	O	RP (HP)	V	4/17	7/18	2013
Polen	Sojusz Lewicy Demokratycznej (SLD)	O	O	V	7/50	9/54	2011
	Unia Pracy ¹⁷	nv	O	V			
	Socjaldemokracja Polska (SDPL)	-	O	F			
Portugal	Partido Socialista (PS)	RP (AR)	RP (MR)	V	7/22	12/24	2013
Rumänien	Partidul Social Democrat (PSD)	RP (HP)	O	V	11/33	10/35	2012
Schweden	Sveriges socialdemokratiska arbetareparti (SAP)	RP (MR)	O	V	5/18	5/19	2011
Slowakei	SMER – sociálna demokracia	O	RP (HP)	V	5/13	3/14	2010
Slowenien	Socialni demokrati (SD)	O	RP (HP)	V	2/7	1/7	2013
Spanien	Partido Socialista Obrero Español (PSOE)	O	RP (HP)	V	21/50	24/54	2012
Tschechien	Česká strana sociálně demokratická (ČSSD)	RP (HP)	O	V	7/22	2/24	2010
Ungarn	Magyar Szocialista Párt (MSZP)	O	RP (HP)	V	4/22	9/24	2010
	Magyarországi Szociáldemokrata Párt (MSZDP)	O	nv	V			
Vereinigtes Königreich	Labour Party	RP (AR)	RP (AR)	V	13/72	19/78	Bis 2010
	Social Democratic and Labour Party (SDLP)	nv	nv	V			
Zypern	Kínima Sosialdimokratón (EDEK)	O	O	V	2/6	0/6	2012
	Dimokratiko Komma (DIKA)	RP (JP)	RP (JP)	-			

Legende

SPE-Status	V = Vollmitglied; F = Mitglied der SPE-Fraktion, aber nicht V; A = assoziiertes Mitglied; B = Beobachterstatus, pM = provisorisches Mitglied
Status im Parlament:	RP = Regierungspartei (AR = Alleinregierung; HP = Hauptpartner in der Regierung; JP = Juniorpartner in der Regierung; MR = Minderheitsregierung) O = Oppositionspartei; nv = nicht im Parlament vertreten; – = Partei existiert noch nicht/nicht mehr

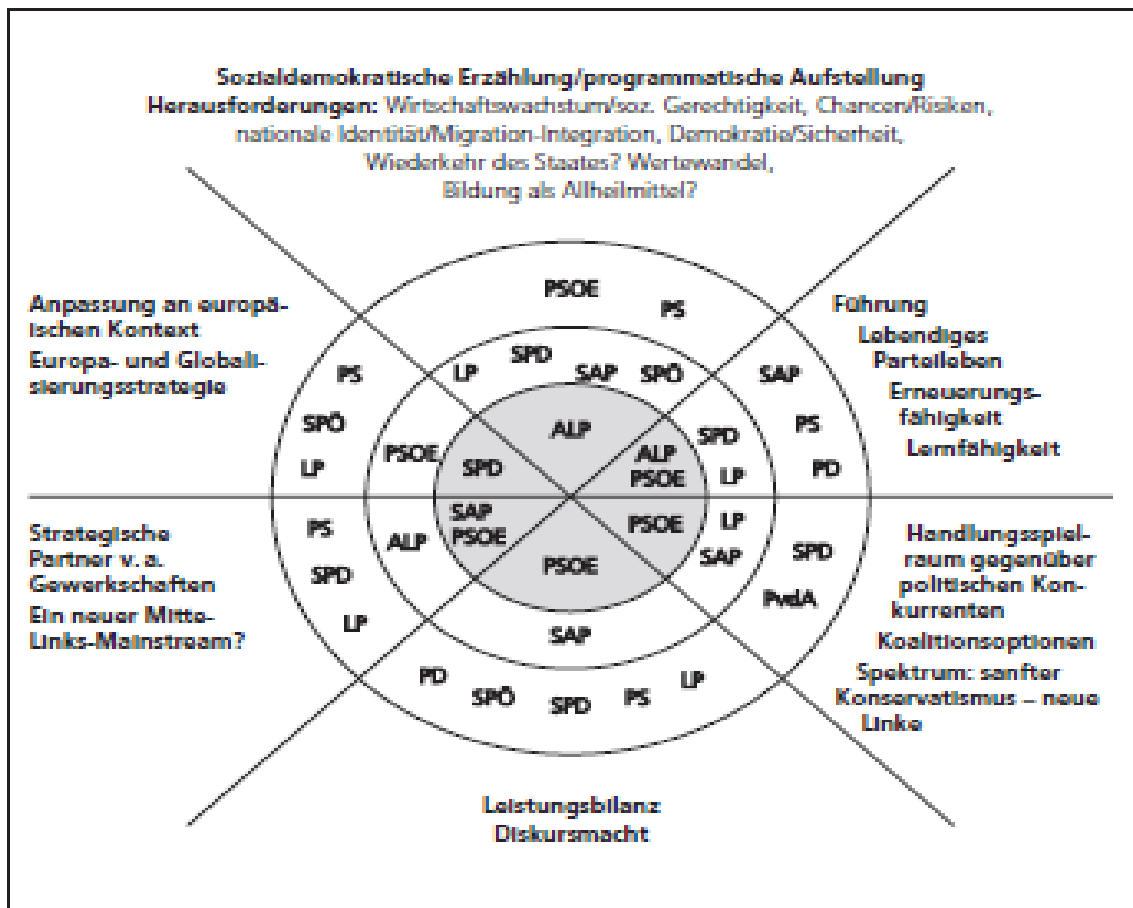
Quelle: Eigene Recherche und Darstellung. Eine gute Übersicht zu Wahlergebnissen in Europa bietet <http://www.parties-and-elections.de>

Stand: 11. Februar 2010

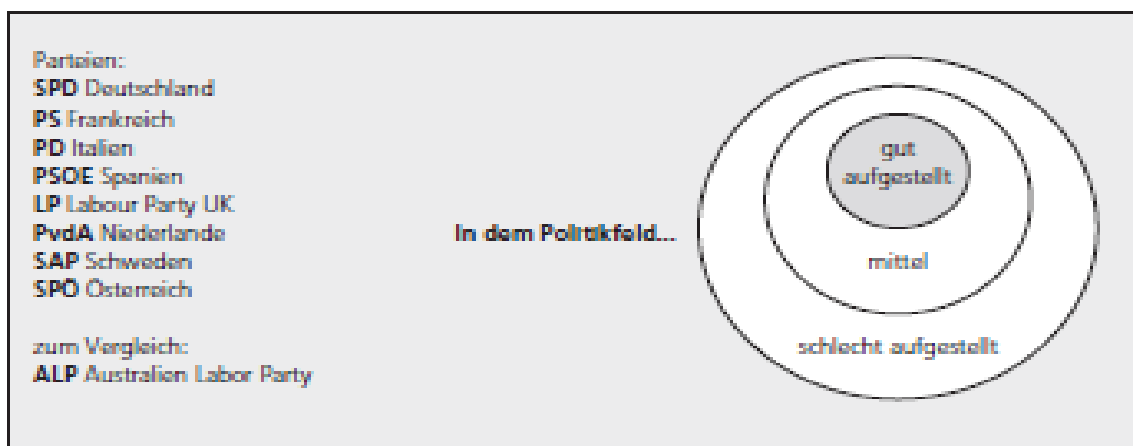
¹⁷ Ab 2001: SLD und Unia Pracy RP

Anlage 3: Schaubild: Stellschrauben für politischen Erfolg

Stellschrauben für politischen Erfolg



Legende



Quelle: Eigene Darstellung.

Anlage 4: Internationaler Monitor sozialer Demokratie: IPA-Studien zur Entwicklung der Sozialdemokratie (www.fes.de/ipa)

Der Internationale Monitor Soziale Demokratie macht ausländische Reform Erfahrungen für Deutschland nutzbar, indem internationale Impulse in die deutsche Diskussion eingebracht werden. Das Referat Internationale Politikanalyse und die Auslandsbüros der Friedrich-Ebert-Stiftung weisen mit dem Projekt auf besonders relevante aktuelle Diskussionsbeiträge zu Programmen, Politikinstrumenten und Beziehungen von politischen Akteuren aus den EU-Ländern, Nordamerika und Japan hin und stellen sie zur Diskussion. Durch Studien zu den veränderten Parteikonstellationen, vergleichende Untersuchungen zu aktuellen politischen Themen sowie Länderanalysen wollen wir die politische Diskussion stimulieren zur Frage: Welche politischen Inhalte, Prozesse und Instrumente können auf der Grundlage der Erfahrungen anderer Länder unter Berücksichtigung unterschiedlicher nationaler Kontexte für bzw. in Deutschland entwickelt werden?

Michael Ehrke:

Sozialdemokratische Parteien in Zentral- und Südosteuropa. Politische Gesinnungsvereinigungen oder Managementagenturen für die Regierung?
(Dezember 2009)

In Abgrenzung zu den nord- und westeuropäischen Vorstellungen von politischen Parteien als wert- und interessengebundene Gesinnungsvereinigungen entwickelt Michael Ehrke, Landesvertreter der Friedrich-Ebert-Stiftung in Serbien, vier Klassifizierungstypen für die sozialdemokratischen Parteien in Zentral- und Südosteuropa.

Saskia Richter:

Entwicklung und Perspektiven grüner Parteien in Europa. Anschlussfähige politische Kraft in sich wandelnden Systemen
(Dezember 2009)

Saskia Richter zeichnet in ihrer Studie nach, wie sich Grüne Parteien in Europa zu einer eigenständigen politischen Kraft entwickelt haben. Die Autorin analysiert dabei nicht nur die Gründe für den Erfolg der Grünen, sondern auch deren Veränderungen bei Koalitionsbildungen und in der programmatischen Ausrichtung.

Andrew Scott:

Social Democracy and the Rudd Labor Government in Australia
(Dezember 2009)

Die australische Labor Party kam nach elf Jahren in der Opposition im Dezember 2007 unter der Führung ihres charismatischen neuen Vorsitzenden Kevin Rudd wieder an die Regierung. Andrew Scott von der RMIT University Melbourne unternimmt in seiner Studie eine kritische Analyse der sozialdemokratischen Politik der neuen Regierung.

Alfred Pfaller:

European Social Democracy - In Need of Renewal. Nine country cases & Seven policy proposals
(December 2009)

This study was compiled by Alfred Pfaller, but draws on input provided by a team of European social democratic thinkers. The paper starts with nine European country cases, analysing the challenges, posed by socio-economic and socio-political evolution, the political discourse and the responses Social Democrats as well as their competitors have offered to these challenges. Based on this analysis a project of social democratic renewal with seven policy proposals is presented. You are invited to read why European Social Democracy must come up with an encompassing project of renewal, a project that is able to meet today's challenges and that appeals to a heterogeneous majority of the population; why it must forge a new coalition to »tame« capitalism and once again put its productive and creative forces at the service of human fulfilment.

Ernst Hillebrand:

Eine Gesellschaft selbstbestimmter Bürger. Konturen eines sozialdemokratischen Projekts für das 21. Jahrhundert
(November 2009)

Für viele Wähler ist nicht mehr klar zu erkennen, für wen und für was die politische linke Mitte Europas eigentlich steht. Zerrissen zwischen sozialdemokratischen Traditionsinhalten und neoliberal inspirierter »Reformpolitik« ist ihr Projekt unleserlich geworden. Um aus der Defensive zu kommen, muss die europäische Sozialdemokratie ihre Programmatik an die Realitäten unserer Zeit anpassen und eine eigenständige politische Vision für die Gesellschaften des 21. Jahrhunderts präsentieren. In dieser Studie entwirft Autor Ernst Hillebrand Konturen für ein solches Projekt, mit besonderer Betonung der Frage nach der Verteilung des gesellschaftlichen Reichtums und den Zielen sozialstaatlicher Intervention, nach den gesellschaftlichen Grundlagen für eine Politik der Solidarität, nach der zukünftigen Rolle des Staates, nach dem Menschen und dem Gesellschaftsbild der Sozialdemokratie, sowie nach der Zukunft der demokratischen Partizipation.

Werner A. Perger:

Heimkehr an die Basis Wie sich Europas linke Volksparteien retten und der Demokratie damit einen Dienst erweisen könn(t)en
(November 2009)

Die Krise der sozialdemokratischen Parteien in Europa ist nicht zuletzt das Ergebnis eigener Versäumnisse und Fehlentscheidungen. Profitiert haben davon die konservativen und neoliberalen Parteien, die Linkspopulisten, vor allem aber auch die demagogischen Parteien des Rechtspopulismus. Die Sozialdemokratie muss entschlossen reagieren, um den Status als Volkspartei nicht zu verlieren. In diesem Papier beschreibt Autor Werner A. Perger die »politische Heimkehr an die Basis« als die erste Aufgabe. Dafür müssen die Mitte-Links-Parteien sich vom Dritten Weg verabschieden, den Kommandoton der Sozialstaatsreformer ablegen und zur Sicherung der Zukunft mehr innere Demokratie wagen. Die innere Reformarbeit der Mitte-Links-Parteien sollte sich an den folgenden Stichworten orientieren: Öffnung und Offensive, Aufklärung und Populismus, Vision und Pragmatismus, Konflikt und Kompromiss sowie Mut zu neuen sozialen Bündnissen.

Jan Niklas Engels & Gero Maaß (Hrsg.):

Im Blick der europäischen Nachbarn. Analysen zur Krise der Sozialdemokratie nach der Bundestagswahl 2009

(November 2009)

Vor dem Hintergrund der abnehmenden Bindungskraft von Volksparteien im Allgemeinen und des drastischen Stimmenverlustes für die europäische Sozialdemokratie im Besonderen leistet die Internationale Politikanalyse der Friedrich-Ebert-Stiftung einen europäischen Beitrag zur Debatte über den Ausgang der Bundestagswahl und die daraus zu ziehenden Schlussfolgerungen und Konsequenzen für die deutsche Sozialdemokratie. Aus Frankreich, Großbritannien, den Niederlanden, Schweden und Ungarn wurden jeweils politische Analysten, die über besondere Einblicke in die Sozialdemokratie Deutschlands wie auch ihres eigenen Landes verfügen, gebeten, das Wahlergebnis und die Situation der SPD nach der Bundestagswahl 2009 zu analysieren. Beeinflusst und geleitet durch die eigenen nationalen Politikererfahrungen sind fünf spannende Analysen entstanden, die jeweils unterschiedliche Aspekte der Wahlergebnisse beleuchten und darauf basierend Empfehlungen für die zukünftige Entwicklung der Sozialdemokratie entwickeln.

Sebastian Dullien, Hansjörg Herr, Christian Kellermann:

Der gute Kapitalismus ... und was sich dafür nach der Krise ändern müsste

(Oktober 2009)

Die globale Krise hat gezeigt, dass der Kasinokapitalismus vor allem einer kleinen Elite nutzt. Wie also kann man dem Kapitalismus seine Dynamik entlocken und gute Arbeit und Wohlstand für alle erreichen? Wie kann man die Risiken von Finanzmärkten auf ein Minimum reduzieren, ohne dabei die einzigartige Dynamik dieser Märkte außer Kraft zu setzen? Die Autoren des Buches fordern eine fundamentale Neuordnung des Kapitalismus. Denn die Krise ist Folge eines exzessiven Finanzkapitalismus, der nicht nur Finanzsysteme, sondern auch den Konsens der sozialen Marktwirtschaft zerstört. Ihr »Guter Kapitalismus« ruht auf vier Säulen: gezähmten Finanzmärkten, guter Arbeit, europäischer Zusammenarbeit und weltweiten Regulierungen.

Elisabeth Wehling

Politische Kommunikation, die ankommt. Eine neuro-linguistische Analyse des EU-Wahlkampfes

(Oktober 2009)

Die Beteiligung an der Europawahl 2009 bezeichnet ein dramatisches Tief. Ein bisher wenig beachteter Faktor der sozialdemokratischen Wahlniederlage war die Sprache, mit der die politischen Vorstellungen der SPD für Europa vermittelt wurden. Politische Sprache und politisches Denken sind untrennbar. Keine Beziehung zwischen Parteien und Wählern ist intimer, gewichtiger und birgt mehr Chance auf politische Ermächtigung durch Mehrheitsbildung innerhalb einer Demokratie als diejenige, die über Sprache hergestellt wird. In diesem verdeutlicht die Autorin Elisabeth Wehling anhand einiger Sprachbeispiele aus den EU-Kampagnen, wie Gehirn und Sprache zusammenhängen, aufgrund welcher kognitiven Vorgänge eine bestimmte Wahlkampfesprache funktioniert und eine andere nicht, und was es zu beachten gilt, will man als Partei langfristig und einheitlich seine politischen Vorhaben auf eine Weise kommunizieren, die beim potentiellen Wähler auch »gedanklich ankommt«.

Robin M. Allers

Länderanalyse Norwegen. Dank Öl und Gas robust durch die internationale Krise

(September 2009)

Am 14. September 2009 werden in Norwegen Parlamentswahlen abgehalten. Die sozialdemokratische Arbeiterpartei, welche die derzeitige Regierungskoalition anführt, liefert sich in den Umfragen ein Kopf-an-Kopf-Rennen mit der rechts-liberalen Fortschrittspartei. Die Arbeiterpartei profitiert im Wahlkampf von ihrer Rolle als verantwortungsvolle und erfahrene Staatspartei, die Norwegen recht erfolgreich durch die Finanzkrise und ihre Auswirkungen manövriert. Robin M. Allers untersucht in seiner Länderanalyse Norwegen »Dank Öl und Gas robust durch die internationale Krise« daher nicht nur die innen- und außenpolitischen Themen des Wahlkampfes, sondern geht auch auf die Politiken zur Bewältigung der Finanzkrise ein.

Anke Hassel

Der Krise Perspektive geben. Markt und Staat in der europäischen Sozialdemokratie

(Juli 2009)

Kapitalismus im Umbruch: Die tiefgreifende politische, gesellschaftliche und wirtschaftliche Transformation moderner Gesellschaften stellt die soziale Demokratie vor die große Herausforderung, das Verhältnis von Politik zur Marktwirtschaft neu zu definieren. Diese Herausforderung wird durch die Finanzkrise weiter akzentuiert. Anke Hassel analysiert in einem Grundsatzpapier die Rahmenbedingungen und Möglichkeiten für die Entwicklung eines Marktmodells, das soziale Gerechtigkeit und Solidarität mit wirtschaftlicher Dynamik und gesellschaftlicher Modernisierung verbindet. Mit der Publikation möchte die Friedrich-Ebert-Stiftung einen Beitrag zu der Debatte über das Verhältnis von Markt und Staat aus Sicht sozialer Demokratie leisten. Sie soll in der Folge um europäische und internationale Perspektiven ergänzt werden.

Oskar Niedermayer

Europawahl 2009. Zusammenhänge, Ergebnisse und Folgen

(Juni 2009)

In dieser Publikation erklärt Prof. Dr. Oskar Niedermayer, Politikwissenschaftler an der Freien Universität Berlin mit den Forschungsschwerpunkten politische Einstellungen und Verhaltensweisen sowie Parteien- und Wahlforschung, warum die Wahlforschung bei Europawahlen im Vergleich zu nationalen Parlamentswahlen mit einer geringeren Wahlbeteiligung und mit einem schlechteren Abschneiden der großen nationalen Regierungsparteien rechnet. Vor diesem Hintergrund analysiert er die Ergebnisse der Europawahl und geht abschließend auf den Prozess der Fraktionsbildung sowie Bündnismöglichkeiten zwischen den Fraktionen im Europäischen Parlament ein.

Angelica Schwall-Düren

Konsequenzen aus der Wahlernttäuschung ziehen! Sozialdemokratie und Europa – was tun?

(Juni 2009)

Aus sozialdemokratischer Sicht waren die Europawahlen eine tiefe Enttäuschung. Angelica Schwall-Düren, Mitglied des Deutschen Bundestages und stellvertretende Fraktionsvorsitzende der SPD-Bundestagsfraktion mit der Zuständigkeit für Angelegenheiten der Europäischen Union, beschreibt in ihrem Artikel nicht nur die Ursachen und möglichen Folgen des

Wahlergebnisses, sondern formuliert auch konkrete politische Handlungsempfehlungen für die Zukunft Europas.

Ernst Hillebrand

Die Sozialistische Partei Frankreichs nach dem Parteitag von Reims

(Februar 2009)

Seit zwanzig Jahren hat die französische Parti Socialiste keine Präsidentschaftswahl mehr gewonnen. Wie fast alle progressiven Parteien Westeuropas leidet auch sie an dem wachsenden wirtschaftlichen, sozialen und kulturellen Riss, der durch die Wähler- und Mitgliedermilieus der linken Mitte geht. In dieser Studie analysiert Autor Ernst Hillebrand die Lage der Partei nach der Wahl der neuen Vorsitzenden Martine Aubry. Aus seiner Sicht wird nur eine strukturelle und politisch-ideologische Erneuerung die Partei langfristig aus der Krise führen.

Henning Meyer

Großbritannien zwischen globaler Wirtschaftskrise und New Labour 2.0

(Februar 2009)

Großbritannien hat als eines der am stärksten von der Finanzkrise betroffenen Länder eine weltweite Vorreiterrolle bei der Bekämpfung der Finanz- und Wirtschaftskrise eingenommen. Aus innenpolitischen Gründen ist auch in Zukunft zu erwarten, dass die britische Regierung auf der internationalen Bühne eine maßgebende Rolle bei der Schaffung einer neuen Finanzarchitektur spielen wird. Nach dem Zusammenbruch des neoliberalen Paradigmas liegt es an der europäischen Sozialdemokratie, ein alternatives Wirtschaftsmodell zu entwickeln, welches das Verhältnis zwischen Staat und Markt neu justiert. In dieser Studie weist Autor Henning Meyer auf, inwiefern dabei die britischen Erfahrungen eine Rolle spielen werden.

Luke March

Parteien links der Sozialdemokratie in Europa Vom Marxismus zum Mainstream?

(November/Dezember 2008)

Parteien links der Sozialdemokratie sind ein zunehmend stabiler und permanenter Akteur auf der politischen Bühne in Europa. Sie stellen eine Herausforderung für sozialdemokratische Parteien dar, weil sie sich von extremen kommunistischen Positionen losgesagt haben und teilweise für Werte eintreten, die Sozialdemokraten angeblich aufgegeben haben. In dieser Studie untersucht Luke March, Politikwissenschaftler an der Universität Edinburgh, Gründe für den Erfolg dieser Parteien und Strategien der politischen Wettbewerber.

Hakan A. Bengtsson

Nordische Erfahrungen Das Verhältnis zwischen Gewerkschaften und Politik in Schweden

(November 2008)

Die vorliegende Studie untersucht das traditionell enge Beziehungsgeflecht zwischen Gewerkschaften und der schwedischen Sozialdemokratie aus historischer Perspektive. Bengtsson kommt zu dem Schluss, dass beide Seiten von der Zusammenarbeit profitiert haben und aufgrund gemeinsamer ideologischer, strategischer und politischer Interessen eine Fortführung anstreben, dies jedoch voraussetzt, dass die schwedische Sozialdemokratie mittelfristig zu alter Stärke zurückfindet.

Werner A. Perger

Der Populismus der Aufklärung Obama und die transatlantische Linke: wieder gehen und kämpfen lernen

(Oktober 2008)

Im US-amerikanischen Wahlkampf 2008 stehen die Zeichen auf Wandel. Change, das Motto des Präsidentschaftskandidaten der Demokraten Barack Obama ist das bestimmende Wahlkampf-Paradigma. Stecken in der »battle of ideas« der US-amerikanischen Gesellschaft neue politische Leitbilder, die Leben in die erstarrenden europäischen Demokratien bringen könnten? Der Autor Werner Perger ging dieser Frage im Rahmen einer Studienreise in den USA nach und erörtert in seinem Text, was in der von Obama angestrebten sozialliberalen Allianz für den Wandel Modellhaftes für die Sozialdemokratie Europas steckt. Besonders interessant erscheinen dem Autor die breite gesellschaftliche Koalition hinter Obama sowie die zentrale Bedeutung der Gewerkschaften, deren Basisarbeiter das personelle Rückgrat seines Wahlkampfs darstellen. Arbeiterbewegung, gemeinnützige Organisationen und die demokratische Mehrheit im Kongress sollen unter Obamas Führung die »neue Koalition für eine grüne Gesellschaft« in den USA bilden - vielleicht auch ein Modell für Europas Sozialdemokratie.

Werner A. Perger

Sanfter Konservatismus und der Verlust der Mitte

(Juni 2008)

Die Veränderung der europäischen Parteienlandschaft ist geprägt von teilweise dramatischen Vertrauensverlusten für die Parteien der Mitte, verbunden mit Zuwächsen für populistische Parteien am rechten und linken Rand des politischen Spektrums. Diese Entwicklung konfrontiert besonders die sozialdemokratische Reform-Linke mit Problemen in bisher unbekannter Dimension.

Roger Hällhag

New Sweden: Crushing or Confirming a Social Democratic Model? April 2007

Social democratic Sweden worked very well by any comparison. Why did a majority opt for a change of government after 12 years (or 65 over the past 75 years)? Göran Persson and his government looked worn out, too self-content and increasingly distant from the people. Trust in supreme social democratic ability to govern had eroded. New Prime Minister Fredrik Reinfeldt presented a reassuring and fresh alternative. Moving his party decisively to centre ground, Reinfeldt reduced the perceived risk of change. He offered a new, customised version of a trusted model, not a new brand.